

# Die Gleichheit.

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post (eingetragen unter Nr. 2970) vierteljährlich ohne Bestellgeld 66 Pf.; unter Kreuzband 86 Pf. Jahres-Abonnement Mt. 2.60.

Stuttgart  
Mittwoch, den 28. September  
1898.

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Fr. Klara Zettin (Eißner), Stuttgart, Rothbühl-Strasse 147, III. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtwängler-Strasse 12.

Nachdruck ganzer Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

## Inhalts-Verzeichniß.

Der bevorstehende Parteitag der Sozialdemokratie. — Gesundheitsverhältnisse der preussischen Industriearbeiterinnen. Von Henriette Fürth. — Das Zuchtthausgesetz. — Aus der Bewegung. — Den Begnern der Frauenrechte. Von Max Regel. (Gebicht.) — Feuilleton: Die Geschichte vom artigen kleinen Jungen. Skizze von Mark Twain.  
Notizentheil von Lily Braun und Klara Zettin: Weibliche Fabrikinspektoren. — Sozialistische Frauenbewegung im Auslande. — Frauenstimmrecht. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Frauengenossenschaften. — Frauenbewegung.

## Der bevorstehende Parteitag der Sozialdemokratie.

Die letzten Reichstagswahlen ziehen ihre Kreise in den diesjährigen Parteitag der deutschen Sozialdemokratie hinüber; die Ankündigung schärfsten Kampfes seitens des Kapitalistenstaats gegen jede Aufwärtsbewegung der Arbeiterklasse umhüllt ihn. Diese beiden Umstände werden aller Wahrscheinlichkeit nach die Stuttgarter Verhandlungen und Beschlüsse beherrschen und ihren Charakter prägen. Sie werden von wesentlichem Einfluß darauf sein, daß die Sozialdemokratie in ihrer Auffassung, ihren Beschlüssen scharf wie je als die Partei des revolutionären proletarischen Klassenkampfes auftritt und nicht als die ausgemauerte Partei zahmer sozialer Reformerei; daß sie scharf wie je ihr Endziel betont: die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse zum Zwecke der „Expropriation der Expropriateure“ (Enteignung der Enteigner), der Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und damit ihre unverzöhnliche Gegnerschaft gegen den Kapitalistenstaat, statt einer staatsmännlichen Geneigtheit zur Kompromisselei mit diesem Staat, mit dieser Gesellschaftsordnung.

Denn nicht die Jubelfanfaren über die in den letzten Wahlen errungenen bedeutenden Siege der Sozialdemokratie werden in den Debatten vorklingen, so berechtigt diese Jubelfanfaren auch sind. Vorklingen wird vielmehr die kühl abwägende Kritik an unserer Bethätigung, unseren Erfolgen; nicht die im Gefühle der Schwäche wurzelnde Kritik, welche aus Lust und Liebe zum Nörgeln das Errungene verkleinert, das Gethane herabsetzt, wohl aber jene aus strotzender Lebenskraft geborene Kritik, welche in schöpferischem Drange die Erfolge mißt und wägt, das Bewirkte prüft, damit an Stelle des Viel das Noch — mehr trete.

Soviel Grund die Sozialdemokratie auch hat, mit Befriedigung auf das im letzten Wahlkampf Geleistete und Errungene zurückzublicken, so hat der Wahlausfall unseres Erachtens den gehegten Erwartungen doch nicht voll entsprochen. Wir denken dabei keineswegs an die überschwänglichen Hoffnungen Einzelner bezüglich der Zahl der zu erwerbenden Mandate. Wir meinen vielmehr vor Allem die Thatsache, daß es der Sozialdemokratie nicht gelungen ist, noch breitere Wählermassen aus ihrem Stumpfsinn zu wecken und an die Urne zu führen. Die Wahlbetheiligung war bekanntlich eine schwächere als 1893, und das Wachstum der sozialdemokratischen Stimmen — so stattlich es auch ist gegenüber den einschlägigen Verhältnissen der bürgerlichen Parteien — blieb hinter dem früherer Wahlen zurück. Die Sozialdemokratie wurde in schon erobertem Gebiet geworfen, in manch' altem Stammsitz, den sie behauptete, ging die Zahl ihrer Wähler nicht unbeträchtlich

zurück. Mit der alten Pflichttreue ist wohl auf der ganzen Linie gekämpft worden, mit der alten Kampfesfrische, der alten glaubensstarken Kampfesfreude dagegen nicht überall und nicht von Allen.

Wir übersehen keineswegs die verschiedenen Ursachen, welche von Einfluß auf die gekennzeichneten Erscheinungen waren und zu deren Erklärung herangezogen worden sind. Aber auch wenn man ihre Bedeutung voll einschätzt, erweist sich unserer Meinung nach doch für viele Wahlkreise, daß die sozialdemokratische Wahlagitacion diesmal hier und da an Werbekraft verloren hatte. Das Warum klarzustellen und die Schlußfolgerungen dieser Klarstellung zu ziehen, halten wir für eine der wichtigsten Aufgaben des diesjährigen Parteitags.

Die Schlußfolgerungen können aber — so will uns bedünken — nur die sein, daß die wachrütelnde und werbende Kraft der Sozialdemokratie der Masse gegenüber um so größer und unwiderstehlicher ist, je schärfer, unzweideutiger sie mit den Augenblickszielen des Wahlkampfes die Endziele des proletarischen Klassenkampfes betont; je rückhaltloser sie auftritt nicht bloß als die Partei der energischsten, schroffsten Opposition gegen die jeweilige reaktionäre Regierungspolitik, vielmehr als die unerbittliche Gegnerin der herrschenden Gesellschaftsordnung und ihres Staates; als unbeugsame Vorkämpferin für eine neue Welt und nicht lediglich als Befürworterin einer Reform der alten Ordnung der Dinge. Unsere Erfolge waren nicht dort am größten, wo die Sozialdemokratie seit Langem unter der proletarischen Masse einen festen Anhängerstamm besitzt, und wo daher vielfach, unwillkürlich und unbewußt, der Schwerpunkt der Agitation nicht auf unsere Endziele gelegt wurde, die als „olle Kamellen“ galten, sondern auf die von der Situation aufgedrängten nächsten politischen Aufgaben der Partei. Die glänzendsten Fortschritte erzielten wir dort, wo wir uns gleichsam einführen, vorstellen mußten, wo die Aufklärung über die Grundanschauungen der Sozialdemokratie nothwendigerweise die Agitation beherrschte.

Eine kritische Erörterung unserer Thätigkeit bei den letzten Reichstagswahlen führt aber sicherlich zu Auseinandersetzungen über die Meinungsunterschiede, die betrefens unserer Grundsätze und unserer Taktik im Schoße der Partei aufgetaucht sind. Die theoretischen und taktischen Streitfragen, welche Bernstein am Vorabend der Wahl aufgeworfen hat — insbesondere seine geringschätzigere Werthung des Endziels unserer Bewegung — die angepriesene Taktik des Tauschhandels „Kanonen für Volksrechte“, die Haltung des „Vorwärts“ in Sachen der Kolonialpolitik; der Standpunkt Schippels und Calwers in der Zoll- und Handelspolitik zc.: all' diese gemauerten Anschauungen über unsere Grundsätze und unsere Taktik sind zweifellos nicht ohne Einfluß auf unsere Bethätigung im Wahlkampf geblieben. Sie haben mittelbar und unmittelbar dazu beigetragen, unter unseren, in den vordersten Reihen kämpfenden Parteigenossen vielfach jenen Pessimismus und Skeptizismus zu erzeugen, welche bewirkten, daß hier und da an Stelle der siegesgewissen Kampfesfreude lediglich ein müdes, kühles Pflichtgefühl trat; an Stelle des Kampfes für ein hohes, unverrückbares Endziel das Streben nach schätzbaren, aber kleinen Tageserfolgen, die Neigung, für ein Quentchen „positive Errungenschaften“ ein Pfund grundlegender Forderungen preiszugeben.

Die Meinungsunterschiede müssen in den Debatten des Parteitags zu unzweideutigem Ausdruck gelangen, die Streitfragen müssen geklärt werden, eine einheitliche Stellungnahme der Partei ihnen

gegenüber ist eine praktische Nothwendigkeit. So verkümmern und tödtlich es auf die Entwicklung der Partei einwirken müßte, wollte man sie in den starren Formelglauben einer wissenschaftlich-politischen Sekte einschnüren; so befruchtend die Mannigfaltigkeit der Meinungen und Gesichtspunkte in ihren Reihen ist: so muß sich doch die Freiheit der Auffassung über unsere Grundsätze und unsere Taktik innerhalb gewisser Schranken halten, welche bedingt sind durch das Wesen des proletarischen Klassenkampfes, durch die geschichtlichen Verhältnisse, innerhalb deren er sich in Deutschland abspielt. Nicht die öbe Gleichförmigkeit des Herdenthierthums darf das geistige Leben, die innere Entwicklung, die äußere Bethätigung der Sozialdemokratie beherrschen, wohl aber muß jene Einheitlichkeit und Geschlossenheit vorhanden sein, welche in einer gemeinsamen Erkenntniß wurzelnd, unumgängliche Voraussetzungen für einen kraftvollen und erfolgreichen Kampf sind. In so hochwichtigen Fragen, wie sie im Parteileben zur Debatte stehen, diese Einheitlichkeit und Geschlossenheit zu wahren, ist eine der vornehmsten Aufgaben, welche dem Stuttgarter Parteitag obliegen.

Die vorläufige Tagesordnung des Kongresses sieht die Erörterung der aufgerollten Streitfragen nicht als einen besonderen Punkt vor. Innerhalb ihres Rahmens ist jedoch reichlich Gelegenheit zur Auseinandersetzung und Klärung darüber vorhanden. Der Thätigkeitsbericht des Vorstandes, ganz besonders aber der Ueberblick über den letzten Wahlkampf, der Bericht über die parlamentarische Thätigkeit, Schippels Referat über die Zoll- und Handelspolitik, das nachträglich in die Tagesordnung aufgenommene Thema der Koalitionsfreiheit, bieten genügend Anknüpfungspunkte für weitreichende, gründliche Debatten über die grundsätzlichen und taktischen Meinungsunterschiede. Uns scheint zwar, daß die beantragte zusammenfassende Verhandlung über unsere Taktik den bei verschiedenen Punkten der Tagesordnung einsetzenden Erörterungen vorzuziehen wäre. Einmal würden dadurch Wiederholungen vermieden, andererseits würde ein einheitlicheres und abgerundeteres Bild von den Anschauungen der Partei in den strittigen Fragen erzielt. Jedemoch: wie immer die Entscheidung des Parteitags darüber ausfallen mag, Hauptsache ist, daß es zu einer gründlichen, klärenden Auseinandersetzung kommt.

Diese Auseinandersetzung wird weder den Spaltungsbazillen in die Reihen der Partei tragen, noch wird sie diese auf den Abstieg zu dem Mischmasch einer „sozialen Demokratie“ zeigen. Von den diesbezüglichen Schäfer-Thomastaden der Gegner gilt wie stets, daß der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Wie heiß auch immer hier und da die Geister aufeinanderplagen mögen: das Groß der Partei wird in den Hauptpunkten in jener festen Geschlossenheit zusammenstehen, welche nicht die Folge einer äußerlich aufgezwungenen politischen Dressur ist, sondern der Ausfluß der inneren Uebereinstimmung im Wissen und Wollen. Und wie weit auch in untergeordneten Punkten die Ansichten aneinandergehen sollten: die Debatten werden erweisen, daß die Partei heute wie ehedem auf dem festen, unerschütterlichen Boden des Klassenkampfes steht, daß sie sich nicht von opportunistischen Lüftchen von diesem Boden weg nach rechts wehen läßt, vielmehr entschlossen, auf der revolutionären Linie vorwärts marschirt. Es gehört eine größere Naivetät dazu, als die Polizei sie erlaubt — im verwegentsten Sinne des Wortes — und eine ausbündigere Phantasie, als dichterische Begabung sie entschuldigt, wenn Gegner sich einreden, in unseren Zeitläuften könne in den Kreisen des klassenbewußten Proletariats etwa eine Neigung dafür vorhanden sein, den feurigen revolutionären Renner, der einem weitgesteckten, aber deutlich erkennbaren Ziel zustürmt, in einen kapitalfrommen Reformgaul umzutrainiren, der sich geduldig vor den klapperigen Karren bürgerlicher Demokraten und Auch-Arbeiterfreunde spannen läßt. Der reichlich sprudelnde Redefuß Wilhelm II. zerstört aufs Gründlichste jede Illusion, als ob die Sozialdemokratie je durch Ueberbordwerfen ihrer Grundsätze, durch Aufgeben ihrer Kampfesstellung gegenüber der Regierung und dem Staate die Interessen des deutschen Proletariats wahren könne. Denn die Kaiserreden sind mehr als der temperamentvolle Ausdruck einer persönlichen Meinung, sie sind Zeichen der Zeit, welche künden, in welcher Richtung die Politik der herrschenden Klassen geht. Niederbüttelung und schrankenlose Ausbeutung der Arbeiterklasse, das sind die aufs Innigste gewünschten Ziele der

herrschenden Klassen, Ziele, welche sie mit allen Machtmitteln durchzusetzen suchen.

Die Verhandlungen und Beschlüsse des Stuttgarter Parteitags werden eine klipp und klare Antwort auf die reaktionären Drohungen geben. Sie werden zeigen, daß die Sozialdemokratie geruhig und gerüstet wie stets auf dem Plane steht, nicht als Bastrende, sondern als Kämpfende. Insbesondere auf den Schlag gegen das Koalitionsrecht der Gegenschlag! Nicht als mit einer Doktorfrage, nicht zur leeren Demonstration beschäftigt sich der Parteitag mit der Frage der Koalitionsfreiheit. Seine Stellungnahme muß vielmehr eine kräftige Aktion einleiten zur Erweiterung und Sicherung des Koalitionsrechts, dieses Lebensrechts des Proletariats. Eine kräftige Aktion im Reichstag und in den Landtagen, eine kräftige Aktion vor Allem auch unter der Masse. Denn nicht die Parlamente, sondern die Massen sprechen das letzte entscheidende Wort. Der Wechselbalg der lex Rade wurde im letzten Grunde nicht von der schwächlichen politischen Tugend der Nationalliberalen gefällt, er erlag dem Entrüstungsturm der Massen.

Die Nothwendigkeit, die gefährdete Koalitionsfreiheit zu schützen, verleiht der Frage unserer Bethätigung an den preussischen Landtagswahlen eine erhöhte Bedeutung. Höchst wahrscheinlich ist, daß die Reaktion das dem Proletariat angedrohte „Zuchthausgesetz“ zunächst mit Hilfe des preussischen Landtags unter Dach und Fach zu bringen versuchen wird. Da gilt es denn für die Sozialdemokratie mehr als je, die Massen gegen das gefährlichste aller deutschen Selbstschicksalparlamente in Bewegung zu setzen. Wir hoffen, daß der Stuttgarter Parteitag, der sich mit der Frage der Wahlbetheiligung beschäftigen muß, der Situation entsprechend entscheidet, das Amendement Mittag aufhebt und auf die Resolution Bebel zurückgreift.

Die von der Partei nach Stuttgart entsendeten Vertreter wissen, daß ihrer schwere und verantwortungreiche Arbeiten harren. Aber sie sind auch überzeugt, daß die besonnene und pflichttreue Erledigung dieser Arbeiten einen Schritt nach vorwärts bedeutet, dem Siege entgegen. Klärung nach innen, kraftvoller Kampf nach außen, dies die Losung, unter welcher der Stuttgarter Parteitag zusammentritt und arbeitet, den Feinden zum Trug, dem Proletariat zum Schutz.

### Gesundheitsverhältnisse der preussischen Industrie- arbeiterinnen.

Die von dem Handelsminister von den Gewerbeaufsichtsbeamten eingeforderten Berichte über die Nothwendigkeit der Einführung eines sanitären Maximalarbeitstages haben aus den in Nummer 18 erörterten Gründen zu keinem greifbaren Ergebnis geführt. Immerhin haben sie in Bezug auf sanitäre Zustände beziehungsweise Mängel ein so reiches Material zu Tage gefördert, daß es schwer verständlich erscheint, daß die meisten der Berichte mit einem abschließenden Urtheil und einer entschiedenen Stellungnahme zu Gunsten der angeregten Reform zurückhalten. Positive Vorschläge werden nur selten und auch da nur zu Gunsten einzelner besonders gefährdeter Kategorien von Arbeitskräften gemacht. So wird z. B. der Sechsstundentag für Weizer gefordert (Arnsberg); die zwölf- bez. zehnstündige Arbeitszeit für Ziegeleiarbeiter (Altona); der achtsündige Arbeitstag für chemische Fabriken (Wiesbaden). An anderer Stelle wird ausgeführt, „daß die lokalen Verhältnisse und die Einrichtung der Fabriken, die sanitäre Handhabung der Betriebe, das Lebensalter der Arbeiter, günstige Löhne, gute Ernährung, gesunde Wohnungen wichtigere Rollen bei Beurtheilung des Gesundheitszustandes der Arbeiter spielen, als übermäßig lange Dauer der Arbeitszeit.“ Die letzte Behauptung ist zum Mindesten übertrieben. Es kann uns natürlich nicht in den Sinn kommen, die Bedeutung irgend eines der oben genannten Umstände zu bestreiten. Ganz unbestreitbar aber ist die große Wichtigkeit kurzer Arbeitszeit, insbesondere für die nachweislich gesundheitsgefährlichen Betriebe. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist die Grundlage, auf der jede andere Verbesserung der proletarischen Arbeits- und Lebensbedingungen ihre segensreichen Wirkungen erst voll entfalten kann. Darum wird die Verkürzung der Arbeitszeit auch fast überall als an erster Stelle wünschenswerth bezeichnet. Ein Bericht (Liegnitz) verdichtet das Wohlwollen für das Wünschenswerthe zu dem Vorschlag, durch einen Versuch in der Praxis den Wahrheitsbeweis zu erbringen. Es heißt dort: „Meines Dafürhaltens würde es möglich sein, einen Schluss auf die Einwirkung der Art und Dauer der Arbeit zu ziehen, wenn sämt-

liche Arbeiter zu einer bestimmten Zeit durch beamtete Aerzte einzeln auf ihren Gesundheitszustand untersucht würden, und diese Untersuchung nach Jahresfrist in gleicher Weise stattfände, nachdem man die tägliche Arbeitszeit sämtlicher Arbeiter um zwei Stunden bei den bisherigen Löhnen verkürzt hätte. . . . Eine Schädigung der Gesundheit hat bisher thatsächlich nicht festgestellt werden können, wenn gleich das Aussehen der Arbeiter in denjenigen Fabriken, in denen elfstündige Arbeitszeit üblich ist und die Einrichtungen zur Staubbeseitigung und Luftverbesserung schwer durchführbar oder unzulänglich sind, darauf schließen läßt, daß ihnen die zu leistende Arbeit nicht zuträglich ist." Hier ist wenigstens der gute Wille da, Uebelstände klar kennen zu lernen und zu beseitigen. Was soll man aber dazu sagen, wenn in einem Bericht über die auffallend hohe Ziffer von Blutarmen und Lungenkranken bei den Lackirern, Metallschleifern und Glasbläsern, über Haut-, Augen- und Athmungskrankheiten bei den Lumpenfortirern geklagt und daran die unzulängliche Forderung geknüpft wird auf Einführung eines Maximalarbeitstages von elf beziehungsweise zehn Stunden?

„Uebermäßig lange Arbeitszeiten, wenigstens nach landläufigen Begriffen, sind im Regierungsbezirk Magdeburg nicht üblich“, so wird behauptet. In seltsamem Widerspruch zu dieser Behauptung steht die relativ hohe Erkrankungsziffer weiblicher kaufmännischer Angestellter in Folge überlanger Arbeitszeit. Auch betragen in dem Bezirk die Erkrankungsziffern in Bleiweiß- und Bleizuckerfabriken 105,6 Prozent, in chemischen und Baugeschäften 75 Prozent. Zu der ersten dieser traurigen Ziffer fügt der Bericht hinzu: „Dabei muß bemerkt werden, daß hier die Zahlen der Statistik die Verhältnisse günstiger darstellen, als sie in Wirklichkeit sind. Denn in der Statistik kommt der starke Arbeiterwechsel, der z. B. in einer der Bleiweißfabriken stattgefunden hat, nicht zum Ausdruck. „Hier wurden im ganzen Jahr nacheinander 98, im Durchschnitt, das heißt gleichzeitig aber nur 17 Arbeiter beschäftigt, so daß das gesammte Personal etwa sechsmal im Jahre erneuert wurde. Der häufige Wechsel hat darin seinen Grund, daß jeder eingestellte Arbeiter nach einer acht- bis neunwöchentlichen Thätigkeit krank fortgeht oder entlassen wird.“ Und die betreffenden Arbeiter sind doch sozusagen auch Menschen! Mitmenschen würden die Frommen sagen.

Eine sehr hohe Erkrankungsziffer von Arbeiterinnen weist die sorgfältig geführte Statistik von Hildesheim-Lüneburg auf. Die Prozentzahlen der Erkrankungen wie auch der Krankheitstage übertreffen relativ und absolut die der Männer. Soll man aus diesen und ähnlichen Feststellungen schließen, daß die Frauen weniger widerstandsfähig als die Männer gegen manche Einflüsse der Berufsthätigkeit sind? Oder darf man vielmehr annehmen, daß von keiner Statistik erfaßte Umstände anderer Art den Gesundheitszustand der Frau ungünstig beeinflussen? So z. B. die stete Ueberanstrengung in Folge der Hausarbeit neben der Berufsthätigkeit, schlechtere Ernährung u. s. w. Es wären das jedenfalls Fragen, von deren Beantwortung die künftige Berufsthätigkeit und Thätigkeit der Frau wesentlich abhängig sein dürfte.\* Daß auch die von uns angeführten Umstände auf die Gesundheit der Arbeiterinnen einwirken, dafür spricht z. B. die Beobachtung des Fabrikinspektors zu Aachen. „Einen besonders nachtheiligen Einfluß auf den Gesundheitszustand der Arbeiterinnen übt die mangelhafte Ernährung aus. Die Krankenkassenärzte der Ortskrankenkasse Aachen I, der nur die Betriebe der Textilindustrie angehören, äußerten, daß Blutarmuth besonders viel unter den auswärtigen Arbeiterinnen vorkomme, welche auch zum Mittagessen meistens nur Butterbrot und Kaffee genießen.“

Von üblem Einfluß auf den Gesundheitszustand der Arbeiterinnen sind bekanntlich auch langes Stehen und Nähmaschinenarbeit. Eine sich über mehrere Jahre erstreckende ärztliche Statistik stellt fest, „daß Unterleibserkrankungen mannigfachster Art, gesteigerte Schwangerschaftsbeschwerden u. s. w. die Folgen übermäßiger Maschinenarbeit sind“. Daraus ergeben sich die Forderungen, daß das berufsmäßige

Nähen für noch nicht reife junge Mädchen ganz zu verbieten, für Arbeiterinnen unter 20 Jahren wie auch für Schwangere zeitlich zu beschränken ist.

Geradezu grauenhafte Gesundheitsverhältnisse herrschen, wie wir bereits gesehen, in den Bleiweiß- und Phosphorfabriken. Eine Packerin einer Zündholzfabrik mußte sofort die Arbeit niederlegen, da Kiefereiterung eingetreten war. In derselben Fabrik wurden in die Phosphorabtheilung Arbeiter eingestellt, die der untersuchende Arzt als untauglich für diese Art Arbeit bezeichnet hatte. Erst durch Strafverfolgung wurde hier eine Aenderung erreicht. Sehr mit Recht bemerkt der Bericht zu diesen und ähnlichen Fällen: „Wenn strenge Maßnahmen das Verschwinden dieser Zündholzfabriken zur Folge haben sollten, so könnte das nur mit Freuden begrüßt werden, da in den schwedischen Hölzchen ein vollkommener Ersatz für die stark giftigen Phosphorzündhölzchen vorhanden ist.“ Zu dem nämlichen Schluß muß man unseres Erachtens auch für eine Reihe anderer Betriebe gelangen. Drängt sich daselbe nicht auch auf, wenn der Kreisphysikus zu Altenau von den Nadel schleifern sagt: „Die Nadel schleifer gehen durchschnittlich nach 15- bis 25jährigem Betriebe ihres Gewerbes, oder, da sie daselbe gewöhnlich im Alter von 18 bis 15 Jahren beginnen, zwischen dem 30. und 40. Jahre an Lungenschwindsucht zu Grunde?“ Wenn es von einer chemischen Fabrik heißt, die Chromate und Säuren zur Wachsbleiche aus ägenden und giftigen Stoffen herstellt: „Das Krankenbuch ergiebt, daß von 25 gesund (in einem neuen Betrieb) eingestellten Arbeitern innerhalb vier Monaten 14 Arbeiter trotz aller angewandten Vorsichtsmaßregeln erkrankten“? Ist in gewissen Industrien durch keinerlei Maßnahmen eine Sanirung zu erzielen, so sollte man entweder andere Produktionsmethoden aufsuchen (wie das in der Spiegelbelageindustrie bereits geschehen ist), oder man sollte auf Produkte verzichten, die nur durch Opfer an Leben und Gesundheit zu erlangen sind. Unter allen Umständen aber müßte jede Beschäftigung mit bleihaltigen und anderen sehr giftigen Stoffen den Müttern der kommenden Generation verboten werden.

Sehr viel zu wünschen lassen auch die gesundheitlichen Zustände der in der Tabakbranche des Kreises Minden beschäftigten Arbeiterinnen. Während für das Reich auf je 100 weibliche Mitglieder der Krankenkassen für das Jahr 1895 31,2 Erkrankungen entfallen, steigt die Zahl für das Königreich Preußen auf 32,9 und beträgt im Regierungsbezirk Minden 35,1. Die Mindener Kasse weist 42,4 Prozent erkrankte Frauen gegen 23,5 Prozent erkrankte Männer auf. Auch hier ist es der Proletariatskrankheit, welche die schlimmsten Verwüstungen anrichtet. Der Bericht bemerkt dazu: „Die verheerendste Krankheit der Arbeiter ist die Lungenschwindsucht. Ein in Arbeiterkreisen sehr stark beschäftigter Arzt in Bünde behauptet, daß rund 90 Prozent aller Todesfälle von Zigarrenarbeitern auf Tuberkulose zurückzuführen seien. Diese Aussagen fanden ihre Bestätigung beim Durchsehen der Krankenjournalen, welche neben häufig auftretenden Frauenkrankheiten, die auf die sitzende Thätigkeit zurückzuführen sind, namentlich Katarrhe der Lungen, des Kehlkopfs, des Magens und Darms anführten. Letztere Erkrankungen sollen bei diesen Arbeitern zumeist ebenfalls ihren Ursprung in tuberkulösen Erscheinungen haben.“ Eine bezeichnende Antwort auf die Frage nach den Ursachen, auf welche neben erblicher Belastung die Lungenschwindsucht zurückzuführen ist, findet sich einige Zeilen weiter in der Schilderung eines „Heimes“ der Zigarrenhausindustrie: „In einem Raume von 2 Meter Höhe und 2 > 3,5 Meter Grundfläche, also von 14 Kubikmeter Inhalt, befanden sich drei erwachsene Personen und drei Kinder, so daß auf den Kopf 2 1/2 Kubikmeter Lustraum kommen. An einer anderen Stelle arbeiteten Mutter und Sohn in einer kleinen Küche, wo gleichzeitig gekocht wurde, während die Einlage in der Stube über dem Ofen getrocknet wurde.“

Fast man die Ergebnisse der Berichte bezüglich der sanitären Zustände in der preussischen Fabrikindustrie als ein Ganzes zusammen, so gewinnt man den Eindruck, daß in den meisten Fällen die Erfolge der sanitären Anordnungen und Schutzvorrichtungen weit hinter dem Mindestmaß dessen zurückbleiben, was im Interesse der Arbeiterschaft verlangt werden muß. Das liegt vor allen Dingen daran, daß die betreffenden Maßnahmen selbst nicht weitgehend und umfassend genug sind. Das ist zum Theil auch begründet in dem stillen und offenen Widerstand der Unternehmer, der kleinen mehr noch wie der großen; zum Theil in den falschen Begriffen über die Grenzen menschlichen Ertragens und menschlicher Leistungsfähigkeit auf Seiten der Gewerbebeamten.

Aber die Berichte sind noch nach einer anderen Richtung für uns bedeutsam. Sie sind Zeugnisse von Leuten, die selbst unsere schlimmsten Gegner als einwandfrei gelten lassen müssen. Denn die Gewerbeaufsichtsbeamten treten im besten Falle mit unbefangener Sachlichkeit an die Prüfung der Verhältnisse heran, meist sind sie aber

\* Aus den Feststellungen des verdienten Schweizer Fabrikinspektors Dr. Schuler, sowie aus anderen wissenschaftlichen Arbeiten, ganz besonders aus Forschungen von Ärzten und Hygienikern ergiebt sich unserer Meinung nach unzweideutig, daß sowohl die eine wie die andere Frage zu bejahen ist. Trotzdem kann man daraus unseres Erachtens keine Schlussfolgerungen ziehen auf die künftige Beschränkung der Berufsthätigkeit der Frau im Allgemeinen. Die meisten der gesundheitsschädlichen Einflüsse der Berufsarbeit sind eben der Berufsarbeit nicht an und für sich eigenthümlich. Sie sind lediglich Begleitererscheinungen der kapitalistisch ausgebeuteten Berufsarbeit. Sie verschwinden mit der kapitalistischen Ausbeutung, so daß es in einer sozialistischen Gesellschaft auch der körperlich widerstandsunfähigeren Frau möglich ist, ohne Schaden für ihre Gesundheit berufsthätig zu sein.

in der heute herrschenden Denk- und Anschauungsweise aufgewachsen und, wenn vielleicht auch unbewußt, von ihr beeinflusst. Ihre Beobachtungen und Urtheile können also durchaus nicht der Uebertreibungen geziehen werden, im Gegentheil, die Wirklichkeit ist weit viel schlimmer, als sie im Spiegel der Berichte erscheint. So löst sich von ihnen eindringlich die Mahnung los, daß wir nimmer rasten dürfen im Kampfe für die Gesundheit, die Kraft und das Recht des arbeitenden Volkes. Wir wollen auf diese Berichte verweisen, sie gleichsam als Flammenzeichen aufrichten, wenn man von Seiten des Unternehmertums von der unersättlichen Begehrlichkeit und Unzufriedenheit der Arbeiterklasse zu reden beliebt und all das zu rühmen weiß, was zu ihrem Schutz gethan wurde.

Henriette Fürth.

### Das Zuchthausgesetz.

Wilhelm II. hat im Bad Deynhaus gegen die kämpfenden Arbeiter wieder einmal eine jener scharfen Reden gehalten, von denen es scheint, daß sie dem impulsiven, vielseitigen Herrscher zum unabwiesbaren Bedürfnis geworden sind und von ihm als eine besonders wichtige Seite seiner Regierungsgeschäfte eingeschätzt werden. Die Schroffheit der Kaiserrede mag gar unangenehm in das Ohr der Heuchler gellungen haben, welche die Masse so gern über den Krieg zwischen Kapital und Arbeit und damit zwischen Staatsgewalt und Arbeit täuschen möchten, um die Frohndenden desto bequemer und gründlicher rupfen und niederbütteln zu können. Sie mag recht unsanft jene unverbesserlichen Schwärmer aus ihren Träumen gerüttelt haben, welche der Fülle der Thatsachen zum Trotz noch immer von der Mär des sozialen Königthums fabeln. Das deutsche Proletariat dagegen hat die Deynhausener Worte mit jener kühlen Genugthuung gehört, mit welcher der erprobte Kämpfer noch jederzeit es begrüßt, wenn die gegnerischen Absichten aufs Hellste unrißen vor seinem Blick austauschen. Denn was diesen Worten ihre Bedeutung verleiht, ist nicht etwa der Umstand, daß der Kaiser sie gesprochen, das ist vielmehr die Thatsache, daß sie der Ausdruck sind von den Wünschen und Absichten der Schlot- und Krautbarone. Mit der Schärfe des Scheinwerfers offenbaren sie, wessen das deutsche Proletariat sich seitens der ausbeutenden und herrschenden Klassen zu versehen hat.

Ueberraschend kommt ja diese Offenbarung nicht. Die Deynhausener Rede ist nur eine verschärfte Auflage des Bielefelder Programms, das schwerste Strafe Jedem androhte, der „Arbeitswillige“ an der Arbeit hindert. Und der erste Schritt zur Verwirklichung des Programms geschah bereits Ende vorigen Jahres mit dem famosen Erlaß

Posadowskys, den vorgeblichen Terrorismus der Streikenden betreffend, jenem Erlaß, der eingeständenermaßen von den berüchtigtsten Unternehmerorganisationen angeregt worden ist. Uebrigens lehrt der Zickzackkurs mit dem Vorstoß gegen das Streikrecht, d. i. die Koalitionsfreiheit der Arbeiterklasse nur kapitalgehoram zu seinen Anfängen zurück. 1890, als er noch mit dem billigen Flittergold sozialer Reformverheißungen gepuzt war, bot er dem deutschen Proletariat einen mehr als dürftigen Arbeiterschutz mit der einen Hand, mit der anderen dagegen einen so unverfälschten Arbeitertrutz, daß sogar die bürgerliche Majorität des Reichstags erklärte, nicht mitthun zu können.

Allerdings hat sich der Arbeitertrutz seit jenem Jahre von einem verhältnismäßig bescheidenen Gesellen zu einem maßlos begehrlichen Lämmel ausgewachsen. Damals sollte dem Gefängniß verfallen, wer unter Anwendung von Drohung und Gewalt zur Niederlegung der Arbeit zwingt. Heute dagegen wird das Zuchthaus wie dem Mörder und schweren gemeinen Verbrecher Jedem angedroht, der zum Streik „anreizt“. Entspricht die nahezu ausgearbeitete Gesetzesvorlage den Kaiserworten, so läuft so ziemlich jeder Deutsche Gefahr — es sei denn, er war so vorsichtig, als Unternehmer geboren zu werden — als Kollege von Ehren-Hammerstein das Zuchthaus zu bewohnen. Denn Allah ist groß, größer noch ist aber die Deutungsfreudigkeit, das Fündelalent und der amtliche Pflichteifer deutscher Polizeier und Juristen, welche hinter dreh- und deutelbaren Worten und Begriffen auf Vergehen und Zuchthausandidaten zu fahnden haben.

Die deutsche Arbeiterklasse beantwortet das Geschrei der Reaktionen nach einem Zuchthausgesetz mit der Forderung: Erweiterung und Sicherstellung der Koalitionsfreiheit. Denn schon jetzt stehen die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen auf dem Gebiete des Koalitionsrechts unter einem schmachvollen Ausnahmegesetz. Die Bestimmung über die Wahrung berechtigter Interessen, welche in § 193 des Strafgesetzbuchs festgelegt ist, findet auf die sogenannten Streikvergehen keine Anwendung. Dagegen giebt es eine stattliche Zahl von Paragraphen, Nöthigung, Erpressung, groben Anflug zc. betreffend, welche gegen die „Anreizer“ zum Streik und gegen Streikende mit kunstfertigster Auslegung der Begriffe und äußerster Strenge angewendet werden. Selbstverständlich „von Rechtswegen“, wie es im Kapitalistenstaat von Rechtswegen geschieht, daß nie ein behördlicher Hahn darüber kräht, wenn Fabrikanten mittels von schwarzen Listen Arbeiter von Werkstätt zu Werkstätt hegen, wenn Unternehmerverbände gegenüber den organisirten oder politisch kämpfenden Arbeitern einen Terrorismus ausüben, welcher deren staatsbürgerliche Rechte schlankweg aufhebt.

Erst das unbeschränkte Streikrecht macht die Koalitionsfreiheit vollständig. Die Organisation wird ihrer schärfsten Waffe beraubt,

### Die Geschichte vom artigen kleinen Jungen.

Skizze von Mark Twain.

Es war einmal ein guter, kleiner Knabe, der hieß Jakob Blivens. Der gehorchte seinen Eltern stets, wie abgescmakt und unvernünftig ihre Forderungen auch waren, und er lernte immer seine Aufgabe und kam nie zu spät in die Sonntagschule. Er wollte nicht Stunden schwänzen, selbst wenn sein Verstand ihm sagte, daß es das Müglichste sei, was er thun könne. Keiner von den anderen Knaben konnte je aus diesem klug werden, so sonderbar handelte er. Er log nie, wie dienlich es ihm auch gewesen wäre. Er sagte nur, es sei unrecht, zu lügen, und das genügte für ihn. Er machte sich einfach lächerlich mit seiner Ehrlichkeit. Die sonderbare Art, die dieser Jakob hatte, übertraf alles Dagewesene. Er spielte Sonntags nie Anschlagens, nahm keine Vogelnester aus, gab den Drehorgelspielerraffen keine heißen Pfennige; auch schien er kein Interesse an irgend welcher vernünftigen Belustigung zu haben. Die anderen Knaben suchten es auszuküßeln und ihn zu verstehen, kamen aber zu keinem befriedigenden Schluß. Wie ich oben sagte, sie konnten nur zu einer Art unbestimmter Vorstellung gelangen, daß er „schwachköpfig“ sei, und so nahmen sie ihn gefällig unter ihren Schutz und hielten alles Unangenehme sorgsam von ihm fern.

Dieser gute, kleine Knabe las alle Sonntagschulbücher; sie waren sein Entzücken. Das war das Geheimniß. Er glaubte an die guten kleinen Knaben in den Büchern und hatte volles Vertrauen zu ihnen. Einen davon einmal lebend zu begegnen, war seine größte Sehnsucht, aber es geschah nie. Vielleicht starben sie alle vor seiner Zeit. Wenn er von einem ganz besonders guten las, blätterte er rasch bis zum Ende, um zu sehen, was aus ihm

würde, weil er Tausende von Meilen gereist sein würde, um ihn anzustauen: aber es nützte nichts; dieser gute kleine Knabe starb unfehlbar im letzten Kapitel, und das Begräbniß war abgebildet, wie alle seine Verwandten und die Kinder aus der Sonntagschule um sein Grab herumstanden mit Beinkleidern, die zu kurz, und Hüten, die zu groß waren, und wie alle in Taschentücher weinten, die anderthalb Ellen lang waren. Er wurde immer so angeführt, er konnte nie einen von den kleinen, guten Jungen sehen, weil diese immer im letzten Kapitel starben.

Jakob hatte den edlen Ehrgeiz, in ein Sonntagschulbuch zu kommen. Er wünschte darin aufgenommen zu werden, mit Bildern, die ihn darstellten, wie er rühmlichst verweigerte, seine Mutter zu belügen, und wie sie Freudenthränen darüber vergoß; wie er auf den Thürstufen stand und einer armen Bettlerin mit sechs Kindern einen Pfennig gab und ihr erlaubte, ihn ohne Zagen auszugeben, aber nicht zu verschwenden, weil Verschwendung eine Sünde sei; wie er es heldenhaft ablehnte, den bösen Knaben zu verrathen, der ihm immer auf seinem Schulweg an der Ecke auflauerte, ihn mit einer Latte über den Kopf schlug und ihn nach Hause jagte, indem er ihm nachrief: „hi! hi!“ Das war der Ehrgeiz des jungen Jakob Blivens. Er wünschte in ein Sonntagschulbuch aufgenommen zu werden. Manchmal hatte er ein etwas unbehagliches Gefühl, wenn er überlegte, daß die guten, kleinen Knaben immer starben. Er liebte das Leben, wißt ihr, und das Sterben war die unangenehmste Seite am Dasein eines Sonntagschulbuchknaben. Er wußte, es war nicht gesund, gut zu sein. Er wußte, es war verhängnißvoller als die Schwindsucht, so übernatürlich gut zu sein wie die Knaben in den Büchern; er wußte, daß es keiner von ihnen lange hatte aushalten können, und es schmerzte ihn, zu denken, daß, wenn sie ihn je in ein Buch aufnehmen würden,

dafern die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht den freiesten Spielraum besitzen, durch die Kriegsführung mittels der gekreuzten Arme dem Unternehmertum Troh bieten zu können. Das Streikrecht ist ein Lebensrecht des Proletariats, es muß ihm im vollsten Umfange gewährt sein, damit er seine Waare, die Arbeitskraft, unter den möglichst günstigen Bedingungen verlaufen kann. Und nach den möglichst günstigen Bedingungen muß er streben, denn an der Waare, die er zu Markte trägt, hängt sein lebendiges Menschentum, hängt die Existenz von Weib und Kind. Die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen werden deshalb ihr Streikrecht gegen jeden Gegner zu schützen wissen, wer er auch sei, und wie er auch heiße. Bei ihrer harten Frohn, in ihrem ärmlichen Heim raunen und raten tagtäglich, stündlich Dutzende von „Anstiftern“ und „Anreizern“ zum Streik, welche kein Paragraph, kein Beamter des Kapitalistenstaats zu fassen vermag: die schwarze Noth, die gefährdete Gesundheit, der unbezähmbare Bildungsdrang, das Pflichtgefühl als Vater oder Mutter, die Verantwortlichkeit als Staatsbürger, die wachsende Erkenntnis von der Würde und dem Recht der Persönlichkeit.

Die Worte gekrönter Häupter können eine Situation beleuchten, sie vermögen aber nicht den Gang der geschichtlichen Entwicklung aufzuhalten. Das lehrt die Geschichte auf jeder Seite. Vor 50 Jahren saß auf Preußens Thron ein redseliger Romantiker, der sich vermaß, die Entwicklung vom Absolutismus zum Konstitutionalismus durch die Erklärung aufzuhalten: er werde nie dulden, daß sich ein Blatt Papier zwischen sein Volk und unseren Herrgott dränge. Der Sturz des Bürgerkönigthums in Frankreich bewies, daß Fürsten nicht von Gottes Gnaden sind, sondern von der Völker Geduld. Die Märzstürme fuhren über Deutschland dahin und brachten aller Rederei zum Troh das gehaßte „Blatt Papier“, die Konstitution. Es giebt keinen Menschen, wie mächtig er sich auch dünke, dem das Meer und der Wind der geschichtlichen Entwicklung gehorham wäre, der da zu gebieten vermöchte: Ihr Stürme des proletarischen Befreiungskampfes brauset nicht über die kapitalistische Gesellschaft daher; ihr Wellen des revolutionären Vorwärts der Arbeiterklasse ebnet euch. Am Webstuhl der Zeit sitzen revolutionäre Mächte, an deren Wirken das reaktionäre Wünschen und Wollen der Einzelnen zersplittert, wer er auch sei, und wie er auch heiße.

Das deutsche Proletariat kennt gegenüber dem Drängen der Reaktion seine Kampfespflicht, seinen karglichen Besitzstand an Rechten nicht bloß zu vertheidigen, sondern denselben zu mehren. Durch eine machtvolle Bewegung werden Proletarier und Proletarierinnen die Herrschenden daran erinnern, daß die Sklaven sich gezählt haben, daß sie wissen, wollen und kämpfen. Sie, die seinerzeit unter dem Schrecken der Aechtung und Entrechtung mit frisch-fröhlichem Kampfes-

muth und berechtigter Siegeshoffnung erklären konnten: wir pfeifen auf das Sozialistengesetz, sie können mit ruhigem Stolze auch heute der Reaktion entgegenschleudern: wir pfeifen auf das Zuchthausgesetz.

## Aus der Bewegung.

**Von der Agitation.** Zur Förderung der proletarischen Frauenbewegung lag dem Parteitag für die Provinz Brandenburg, der am 11. September in Berlin stattfand, folgender Antrag vor: „Das Zentralwahlkomitee ist zu beauftragen, für systematische Frauenagitation in der Provinz zu sorgen und zu diesem Zwecke in jedem Kreise mindestens zwei Frauenversammlungen im Jahre zu veranstalten.“ Der Antrag war Dank dem Vorgehen der Berliner Genossinnen vom Wahlkreise Berlin I eingebracht worden. Er wurde in vorzüglicher Weise von Genossin Braun vertreten, der einzigen weiblichen Delegirten, welche an dem Parteitag theilnahm. Im Prinzip wurde der Antrag von Niemand bekämpft, dagegen zweifelten die Genossen Antrieß, Brinkmann und Faber an der Möglichkeit seiner Durchführung in der Praxis. Sie machten geltend, daß in manchen Gegenden der Provinz besondere Frauenversammlungen gar nicht besucht werden würden. Die Genossin Täterow, Zubeil und Andere traten dagegen mit warmen Worten für den Antrag ein, welcher der Agitationskommission zur Berücksichtigung überwiesen ward, ebenso wie nachstehender Antrag: „Die Agitationskommission wird beauftragt, mehr als bisher für die Frauenagitation in der Provinz zu sorgen, und zu diesem Zweck, wenn möglich, in jedem Kreise Frauenversammlungen zu veranstalten.“ — Genossin Braun brachte auf dem Parteitag eine Resolution ein, welche Protest gegen das verheißene Zuchthausgesetz erhebt. Sie begründete ihre Resolution damit, daß ein Sturm der Entrüstung gegen die reaktionären Absichten durch ganz Deutschland brausen müsse, und daß man sich den ausgezeichneten Agitationsstoff nicht entgehen lassen dürfe, der durch die geplante Beschränkung des Koalitionsrechts geboten sei. Die Resolution wurde einstimmig angenommen; sie lautet:

„Die am 11. September auf dem Provinzial-Parteitag für Berlin und die Provinz Brandenburg versammelten Delegirten erheben einmüthig Protest gegen das von der Regierung geplante Attentat auf die Koalitionsfreiheit der Arbeiter.“

Wir protestiren dagegen, daß das auch in seiner jetzigen Gestalt durchaus unzureichende Koalitionsrecht dadurch völlig wirkungslos gemacht wird, daß die Aufforderung oder Anreizung zum Streik bestraft und den Arbeitern diese in der Nothwehr unentbehrliche Waffe entwunden werden soll.

er es nie sehen würde, oder auch daß, wenn das Buch vor seinem Ende herauskäme, es nicht populär werden würde ohne die Ausbildung seines Begräbnisses. Es würde gar kein richtiges Sonntagschulbuch sein, wenn es nicht von dem Rath erzählt, den er der Gemeinde bei seinem Tode gab. So mußte er sich natürlich endlich entschließen, sein möglichstes unter den gegebenen Verhältnissen zu thun — recht zu leben, sich hinzuschleppen, so lange er konnte, und seine Sterberede bereit zu haben, wenn seine Zeit käme.

Aber — ich weiß nicht, wie's kam, diesem guten, kleinen Knaben ging alles quer; nichts wurde bei ihm, wie es bei den guten, kleinen Knaben in den Büchern geschah. Sie hatten immer angenehme Zeit, und die bösen Knaben hatten die gebrochenen Beine, aber was ihn anbelangte, so war stets irgendwo eine Schraube locker, und es lief immer alles schief ab. Wenn er Jim Blase Keffel stehlen sah und unter den Baum trat, um ihm vom bösen kleinen Knaben vorzulesen, der von des Nachbarn Apfelbaum fiel und den Arm brach, fiel Jim auch vom Baum, aber er fiel auf ihn und brach seinen Arm, und Jim war ganz unverletzt. Jakob konnte das nicht verstehen; — dergleichen hatte er nie in seinen Büchern gelesen.

Und einmal, als einige böse Knaben einen Blinden stießen, daß er in die Pfütze fiel, und Jakob hinzueilte, um ihm aufzuhelfen und seinen Segen zu empfangen, gab ihm der Blinde nicht etwa seinen Segen, sondern versetzte ihm eins mit dem Stock auf den Kopf und sagte, er soll sich nur hüten, ihn wieder hinzuwerfen und ihm dann scheinbar aufzuhelfen. Das stand in keinem von den Büchern, Jakob sah sie alle durch. Ein Ding wünschte Jakob sehnlichst, nämlich einen lahmen Hund zu finden, der kein Heim hätte und hungrig und verfolgt wäre, ihn nach Hause zu

tragen, zu lieblosen und dann dieses Hundes unsterbliche Dankbarkeit zu besitzen. Schließlich fand er einen und war glücklich; er brachte ihn nach Hause und fütterte ihn, als es aber ans Lieblosen ging, fuhr der Hund auf ihn los, riß ihm alle Kleider vom Leibe, außer denen, die er vorn trug, und machte ein staunenerregendes Schauspiel aus ihm. Jakob befragte seine Leitsterne, aber er konnte es nicht verstehen. Der Hund war von derselben Art wie die Hunde in den Büchern, aber er handelte anders. Alles, was dieser Knabe that, brachte ihn in Unannehmlichkeit. Dieselben Handlungen, für welche die Knaben in den Büchern belohnt wurden, erwiesen sich für ihn als die unvortheilhaftesten, die er nur begehren konnte.

Als er einmal auf dem Wege zur Sonntagschule war, sah er einige böse Knaben sich zu einer Vergnügungsfahrt in einem Segelboot anschicken. Er war voll Bestürzung, weil er vom Lesen her wußte, daß Knaben, die am Sonntag Boot fahren, unfehlbar ertrinken. So lief er auf ein Floß, um sie warnen, aber ein Stamm drehte sich, als er darauf trat, er glitt aus und fiel in den Fluß. Zwar holte ihn ein Mann rasch heraus, und der Doktor pumpte das Wasser ihm aus und blies ihm mit dem Blasebalg Luft ein, aber er erkältete sich und lag neun Wochen krank im Bett. Aber das Unerklärlichste bei der Sache war, daß die bösen Knaben im Boot einen vergnügten Tag hatten und überraschend wohl und munter nach Hause zurückkehrten. Jakob Blivens meinte, das habe seinesgleichen nicht in den Büchern; er war vollkommen sprachlos vor Staunen.

Als er wieder genesen war, war er ein wenig entmüthigt, aber er beschloß doch, weiter zu versuchen. Er wußte, daß bis jetzt seine Erfahrungen nicht in ein Buch paßten, aber er hatte ja noch nicht das Gute-Kleine-Knabenalter erreicht, und er hoffte

Wir protestiren gegen die Schaffung eines Ausnahmefetzes gegen die Arbeiter, das den Streik bestrafen soll, während Ausperrungen und die oft nichtswürdigen Mittel, die die Organisationen der Unternehmer anwenden, Verurtheilungen, schwarze Listen und dergleichen, wie bisher straflos bleiben.

Wir protestiren dagegen, daß die Organisation eines Streiks mit der entehrenden Strafe des Zuchthauses getroffen werde, und daß die Bestrebungen der Arbeiter und Arbeiterinnen, ihre Lebenshaltung zu erhöhen, gesundheitschädliche Arbeitsbedingungen abzuwehren, oder, wie es bei weiblichen Arbeitern oft geschehen muß, Angriffe auf ihre Sittlichkeit mit der Arbeitsniederlegung zu beantworten, ebenso bestraft werden sollen, wie Betrug, Meineid oder andere schimpfliche Verbrechen.

Wir protestiren gegen die Absicht einer derartigen Gesetzgebung, die im höchsten Grade kulturfeindlich wirken, und, indem sie den Arbeitern das natürlichste und selbstverständlichste Grundrecht raubt, ernste Gefahren für eine friedliche Entwicklung der Gesellschaft heraufbeschwören muß.

Dem gegenüber fordern wir die Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und der Provinz Brandenburg auf, sich diesem Protest anzuschließen und gegen die ihnen drohende Gefahr in Massenversammlungen einmüthig Stellung zu nehmen.

Wir hoffen aber auch, daß die gesammte deutsche Arbeiterschaft geschlossen zusammenstehen und durch einen millionenstimmigen Protest den geplanten Schlag gegen das Koalitionsrecht nicht nur abwehren, sondern zugleich auf den nothwendigen Ausbau der Koalitionsfreiheit und einen gesicherten Schutz gegen jede Art ihrer Verkümmern dringen wird.

Die Frage der Frauenagitation beschäftigte auch den Parteitag für Ost- und Westpreußen, der kürzlich in Königsberg tagte. Genossin Nowagrotski trat energisch und warm dafür ein, daß die Genossen allerorten der Aufklärung und Organisation der proletarischen Frauen die größte Aufmerksamkeit zuwenden. Alle Redner, welche auf ihre Ausführungen eingingen, verpflichteten den entwickelten Gesichtspunkten bei.

**Stellungnahme der Genossinnen zum Stuttgarter Parteitag.** Die Berliner Genossinnen beteiligten sich in sämmtlichen sechs Wahlkreisen an den allgemeinen Versammlungen, welche Stellung zu dem bevorstehenden Parteitag nahmen. Im 2., 3., 4., 5. und 6. Wahlkreis wurde von den Genossinnen der Antrag eingebracht, die „Gleichheit“ in Parteiverlag zu übernehmen und die Redaktion des Blattes von Stuttgart nach Berlin zu verlegen. Die Genossinnen Braun, Schneider, Mesch traten mit sehr warmen Worten für den Antrag ein. Derselbe wurde im Prinzip auch von den Genossen Zubeil,

Singer, Ad. Hoffmann, Morike u. befürwortet, und zwar empfahl Genosse Singer die Ueberweisung an den Parteivorstand, der in Verbindung mit der Redaktion der „Gleichheit“ die Forderung prüfen solle. Die Genossen Fischer, Buddach, Waschofski u. bekämpften den Antrag mit der Begründung, daß eine Volksversammlung nicht über die finanzielle Seite der Frage entscheiden könne, die doch vor Allem in Betracht gezogen werden müsse. Der Antrag wurde im 2. und 6. Wahlkreis abgelehnt, im 3. den Delegirten überwiesen, im 4. und 5. in der von Singer empfohlenen Fassung angenommen. (Vielfach ergangenen Anfragen zur Antwort, daß ich der Einbringung des Antrags durchaus fernstehe und ihn aus einer Reihe sachlicher Gründe gegenwärtig nicht befürworten kann. Klara Jekin.) Im 2. Wahlkreis wurde Genossin Braun von der allgemeinen Parteiversammlung als Delegirte gewählt. Unsere Genossin hat jedoch das Mandat nachträglich in die Hände ihrer Wähler zurückgelegt. Maßgebend für ihren Entschluß war ihre Stellungnahme zu der Frage unserer Betheiligung an den preussischen Landtagswahlen, wie aus der nachfolgenden Erklärung erhellt:

„Bei der am 13. September im zweiten Berliner Wahlkreis vorgenommenen Delegirtenwahl zum Stuttgarter Parteitag wurde der Beschluß gefaßt, nur solche Delegirte zu wählen, die auf dem Boden der Feenpalast-Resolution stünden. Da diese Resolution, meiner Auffassung nach, im Wesentlichen sagt, daß die Berliner Sozialdemokratie die Betheiligung an den Landtagswahlen ablehnt, anderen Wahlkreisen aber keineswegs das Recht der selbständigen Entschliessung aberkennen will, so glaubte ich, meine Zustimmung zu dieser Resolution erklären zu können. Ich sah mich um so mehr dazu berechtigt, als Genosse Werner in der Versammlung des zweiten Wahlkreises ausdrücklich aussprach, daß die Feenpalast-Resolution sich keineswegs über den Hamburger Beschluß erheben wollte.

„Nachträglich jedoch gewann ich den Eindruck, als ob diese Auffassung von der Versammlung nicht durchweg getheilt wurde, und ein Theil der Genossen mir ihre Stimme in dem Glauben gegeben hat, daß ich die Betheiligung an den Landtagswahlen überhaupt, also nicht nur für Berlin, verwerfe. Da ich aber nicht wünsche, daß auch nur ein Genosse, der mich unter einer solchen Voraussetzung wählte, später die Meinung gewinnen kann, daß ich sein Vertrauen täuschte, so sehe ich mich zu dieser Erklärung veranlaßt und lege mein Mandat in die Hände meiner Wähler zurück.“

Wir wissen zur Zeit noch nicht, ob die Genossen die Mandatniederlegung angenommen haben, oder ob sie die Wahl der Genossin Braun in der Erwägung aufrecht halten, daß auch unter den Berliner Genossen eine Minorität für die Betheiligung an den preussischen Landtagswahlen ist. — In der öffentlichen Frauenversammlung,

noch einen Bericht liefern zu können, wenn er bis zum bestimmten Termin aushalten könnte. Wenn alles fehlschlug, blieb ihm ja immer noch seine Sterberede. Er befragte seine Bücher und fand, daß es nun Zeit für ihn sei, als Schiffsjunge zur See zu gehen. Er wendete sich an einen Kapitän und brachte sein Anliegen vor; als der Kapitän ihn nach seinen Empfehlungen fragte, zog er stolz ein Traktätchen aus der Tasche und zeigte auf die Worte: „Jakob Blivens gewidmet von seinem ihn zärtlich liebenden Lehrer.“ Aber der Kapitän war ein roher, ordinärer Mann, er meinte: Schöpfungswunder! das wäre doch kein Beweis, daß er Schlüssel aufwaschen und mit dem Spüleinimer umgehen könnte, und er könne ihn nicht gebrauchen. Das war nun wirklich das Außerordentlichste, das Jakob je in seinem Leben gesehen war. Ein Lob von einem Lehrer auf einem Traktat hatte nie verfehlt, die zärtlichsten Regungen der Schiffskapitäne zu erwecken und den Weg zu öffnen zu allen Ehrenämtern und reich besoldeten Stellen, die sie zu vergeben hatten — wahrlich, das hatte es nie gethan in irgend einem Buche, das er gelesen hatte. Er traute seinen Sinnen kaum.

Dieser Knabe hatte immer Pech. Nichts schlug ihm nach Wunsch aus. Als er eines Tages böse kleine Knaben aufsuchte, um sie zu ermahnen, fand er eine ganze Menge in der alten Eisengießerei, wie sie einen kleinen Scherz loslösen an vierzehn bis fünfzehn Hunden, die sie in langer Kette zusammengebunden hatten und eben mit an den Schwanz zu bindenden leeren Nitroglycerinflaschen schmücken wollten. Jakobs Herz war gerührt. Er setzte sich auf eine dieser Flaschen (denn Fettflecke beobachtete er nie, wenn er eine Pflicht zu thun hatte) und ergriff den vordersten Hund beim Halsband und heftete seinen tadelnden Blick auf den bösen Tom Jones. Aber gerade in diesem Augenblick kam der

Rath Mc. Welter voll Wuth herbei. Alle bösen Knaben rissen aus, aber Jakob Blivens erhob sich im Bewußtsein seiner Unschuld und fing eine von jenen stattlichen kleinen Sonntagschulbuchreden an, die immer anfangen mit „O Herr!“, in geradem Widerspruch zu der Thatsache, daß kein Knabe, sei er gut er böse, je einen Satz anfängt mit „O Herr!“ Aber der Rath ließ ihn nicht weiter reden. Er faßte Jakob Blivens am Ohr, drehte ihn um und verfezte ihn mit der flachen Hand eins auf den Rücken. Im selben Augenblick aber fuhr der gute, kleine Knabe durch das Dach hinaus und schwebte der Sonne zu, die Reste jener fünfzehn Hunde nach sich schleppend wie den Schwanz eines Drachen. Und nichts wurde auf dieser Erde mehr gesehen von jenem Rath und jener alten Eisengießerei; und was den jungen Jakob Blivens anbetrifft, hatte er nie Gelegenheit, seine Sterberede, mit der er sich so viel Mühe gegeben hatte, zu halten, wenn er sie nicht den Vögeln zum besten gab; denn wenn auch der größte Theil von ihm in einer benachbarten Provinz in einer Baumkrone hängen blieb, war doch das übrige rund umher in vier Stadtbezirke vertheilt, und es mußte fünfmal Leichenschau gehalten werden, um herauszufinden, ob er todt sei oder nicht, und wie es geschah. Man hat noch nie einen Knaben umhergestreut gesehen.\*

So kam der gute, kleine Knabe um, der sein Möglichstes im Guten that, dem es aber nicht glückte wie in den Büchern. Jeder Knabe, der je so handelte wie er, hatte Glück — er nicht. Sein Fall ist wirklich bemerkenswerth. Er wird wahrscheinlich nie aufgeklärt werden.

\* Diese Glycerinkatastrophe ist einem weiterverbreiteten Zeitungsartikel entlehnt, dessen Verfasser ich gern nennen würde, wenn ich ihn wüßte. (M. T.)

welche sich mit der Frage des Wahlrechts der Frauen zu den Gewerbeberichten befaßte, wurden die Genossinnen Haase und Mesch als Delegirte zum Stuttgarter Parteitag gewählt. In Hamburg wählte eine öffentliche Parteiverammlung Genossin Zieg als Delegirte; Genossin Kähler wurde ebenfalls in öffentlicher Versammlung mit einem Mandat betraut.

Das aktive und passive Wahlrecht der Arbeiterinnen zu den Gewerbeberichten forderten die Berliner Genossinnen in mehreren Versammlungen, welche am 14. und 15. September stattfanden. Leider erwies sich, daß das Verständniß der Arbeiterinnenmassen für den Schaden ihrer gegenwärtigen Rechtlosigkeit noch nicht genügend geweckt ist, daß viele Proletarierinnen noch nicht klar die Nothwendigkeit erkennen, ihr Recht zu fordern. Von den geplanten drei Versammlungen war eine so schlecht besucht, daß sie nicht stattfinden konnte. Recht zahlreichen Zuspruchs erfreute sich dagegen die Versammlung, welche im großen Saal von Keller in der Koppenstraße tagte. Referentinnen waren die Genossinnen Braun und Greifenberg, welche für ihre ausgezeichneten Ausführungen reichen Beifall ernteten. Nach kurzen Debatten wurde in den Versammlungen einstimmig eine Resolution angenommen, welche energig gegen den jetzigen Stand der Dinge protestirt und für die Frauen das aktive und passive Wahlrecht zu den Gewerbeberichten fordert.

### Den Gegnern der Frauenrechte.

Euch stört es, wenn des Wissens Brunnen  
Sich auch der Frau erschließen will,  
Denn nur in eurer Weisheit sonnen  
Darf sie sich demuthsvoll und still.  
Ihr ärgert euch, wenn Frauen lesen,  
Und wagen sie zu schreiben gar,  
Dann „ist dahin ihr züchtig Wesen“,  
Und „ihre Würde in Gefahr“.

„Das sind die Ueberspannten“, heißt es,  
Wenn Wissenschaft ihr Haupt beschwert.  
Ihr haßt die Bildung ihres Geistes,  
Denn nur der Leib ist euch von Werth —  
Nun sagt mir doch, mit welchem Rechte  
Ihr euch so grausig überhebt  
Und stets dem „schwächeren Geschlechte“  
So strenge Lebensregeln gebt?

Ihr habt ja oft — in Hymens Banden —  
Erprobt der Frauen Energie,  
Wie stark sie euch gerüstet fanden —  
Euch Helben doch beherrschten sie.  
Ja, Helben! doch Pantoffelhelden!  
Daraus erklärt sich euer Wahn.  
Den Frauen laßt ihr es entgelten,  
Was euch die Frau hat angethan.

Mag Regel.

### Notizentheil.

(Von Lily Braun und Clara Zetkin.)

#### Weibliche Fabrikinspektoren.

Zwei Assistentinnen der Fabrikinspektion in Bayern sind von der Regierung aus ernannt worden und werden ihr Amt am 1. Oktober antreten. Fräulein Karoline Bernay in München wurde als Assistentin für den ersten Bezirk der bayerischen Fabrikinspektion mit dem Sitz München angestellt. Ihre Thätigkeit erstreckt sich auf die Regierungsbezirke Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz und Regensburg, Schwaben und Neuburg. Als Assistentin für den zweiten Bezirk der Fabrikinspektion mit dem Sitz Nürnberg wurde Frau Anna Gundelsinger ernannt. Ihr Amtsbereich umfaßt die Regierungsbezirke Mittelfranken, Pfalz, Oberfranken, Unterfranken und Aschaffenburg. Frau Gundelsinger ist Buchhalterin und Fabrik-aufsichterin in Allersberg. Den Assistentinnen sind im Allgemeinen die Befugnisse der Assistenten der Fabrikinspektoren zuerkannt worden. Preußen und Sachsen sind jederzeit allen anderen Bundesstaaten voraus, wenn es sich um neue reaktionäre Maßregeln handelt. Was dagegen die so wichtige Reform der Anstellung von Fabrikinspektorinnen anbelangt — wie andere Reformen — so marschiren Sachsen und Preußen wieder einmal mit dem österreichischen Landsturm „immer langsam voran“. Und doch sind gerade in der hochentwickelten Industrie dieser Länder viele Tausende von Arbeiterinnen beschäftigt, deren Interessen dringend die betreffende Reform fordern.

### Der Vorbildungskursus für Gewerbeaufsichtsbeamtinnen in Berlin hatte folgenden Lehrplan:

1) Gewerbehygiene. Dieser Kursus umfaßte zwölf Vorträge und fand im Hygienischen Institut der Universität statt. Vortragender war Privatdozent Dr. Wolpert. Behandelt wurden besonders die Materien: Luft und Lüftung; Anatomisches und Physiologisches über die Athmung, Luftverderbiß, Kohlenäure, Kohlenäuremessungen, Kohlenoxyd, Kohlenoxydmessungen, Durchlässigkeit der Baumaterialien für Luft, Fettenofens Stein, Hausschwamm, Lüftungseinrichtungen, Luftkubus und Ventilationseinrichtungen in besonderen Gewerbebetrieben, Wasserventilatoren, Lockfeuer, Lockamine, Kamin-aufscher (Luftfänger), Anemometer. Gewerbliche Gase: Jod, Chlor, Brom, Schwefelige Säure, Salzsäuredämpfe, Schwefelwasserstoff, Ammoniak, Kohlenoxyd, Schwefelkohlenstoff. Gewerbliche Staubarten: Staubkrankheiten, Respiratoren, Schutzbrillen, Luftaspiration. Trinkwasser und Fabrikbäder. Beleuchtung: Beleuchtungseinrichtungen, Sonnenscheindauer, Sonnenschein-Stundenmesser. Heizung: Heizungseinrichtungen, Thermometer, Wärmeeinheit, Wärmeproduktion des Menschen, Luftfeuchtigkeit, Hygrometer, Hygroscope, Luftbefeuchtung, Lufttrocknung. Im Laufe des Unterrichts wurden viele größere Modelle demonstriert von Beleuchtungs-, Ventilationsapparaten, Beheizungsanlagen etc. Es fanden ferner praktische Uebungen statt betreffend Kohlenäuremessungen, Prüfung der Luft, des Trinkwassers etc. Die Theilnehmerinnen des Kursus arbeiteten außerdem verschiedene Aufgaben und Berechnungen aus, die sich auf die Ventilation im Gewerbebetrieb bezogen und zum Theil nicht ganz einfach waren.

2) Gewerbeordnung. Privatdozent Dr. Jastrow leitete einen zehnstündigen Kursus über Titel VII der Gewerbeordnung. Er begann mit § 139b der Gewerbeordnung, der für die Gewerbeaufsicht grundlegend ist, besprach eingehend die formellen Befugnisse derselben und erörterte dann besonders gründlich die Schutzbestimmungen betreffend: Sonntagsruhe, Minderjährige und Jugendliche, Kinder und jugendliche Arbeiter in Fabriken, weibliche und jugendliche Arbeiter in Fabriken. In jeder Unterrichtsstunde wurde ein bestimmtes Pensum häuslicher Lektüre ausgegeben, darauf bezügliche Fragen und Bemerkungen, wie auch eigene Erfahrungen aus dem gewerblichen Leben wurden in der Stunde seminaristisch erörtert.

3) Verfassungskunde, Organisation der Behörden, amtlicher Geschäftsverkehr. Der Unterricht wurde von Herrn Milisch, Bureauvorsteher im Berliner Gewerbegericht, erteilt und fand zum Theil in den Bureauräumen des Gewerbegerichts statt. Die Vorträge wurden durch Vorführung praktischer Beispiele an der Hand des amtlichen Aktenmaterials besonders anschaulich gestaltet. Die Erlaubniß zur Benützung dieses Materials hatte Oberbürgermeister Zelle erteilt. Der Kursus umfaßte zwölf Stunden und behandelte: Die Verfassung des Deutschen Reichs. Die Verfassung des preussischen Staates. Die Organisation der Reichs- und Staatsbehörden. Der schriftliche Geschäftsverkehr zwischen Behörden. Der amtliche Geschäftsgang.

### Sozialistische Frauenbewegung im Auslande.

Unsere tapferere Genossin Kulischoff konnte wegen ihres Gesundheitszustandes nicht nach dem Zuchthaus übergeführt werden, sondern mußte noch in Mailand verbleiben. Wie sie Brampolini mittheilt, einem der besten Führer der italienischen Sozialisten, hat sie als Arzt die Symptome einer sehr ernstesten Blutkrankheit an sich beobachtet. Sie knüpft an diese Mittheilung folgende Aeußerungen an, die für die Seelengröße und Charakterstärke der edlen Frau bezeichnend sind: „Sollte mein Zustand noch schlimmer werden, so beauftrage ich Sie und Bissolati, meine Würde zu wahren. Ich flehe Sie an, sich jedem Schritte zu widersetzen, der von irgend einer Seite unternommen werden könnte, um einen Gnadenakt für mich herbeizuführen. Verbieten sie Jedem, auch meiner Tochter, mir eine solche moralische Beleidigung zuzufügen. Eine Freiheit, die ich auf diesem Wege erlangen sollte, würde für mich eine solche Dual sein, daß ich sie nicht ertragen könnte; ich würde mich nicht über ein Wiedersehen mit meinen Theueren und meinen Freunden zu freuen vermögen, das unter solchen Umständen erfolgen sollte. Dies, mein lieber Brampolini, ist die einzige Bitte, die ich an meine Freunde richte, bevor das Grab uns vereinigt.“

In einem früheren Briefe an Brampolini heißt es: „... Lieber Freund, der Sie selbst wieder leidend sind, Sie können sich denken, was unser Philipp (Turati) gelitten hat, leidet und noch leiden wird. Zum Glück ist sein Organismus selbst noch nicht gebrochen, aber in der Gefängniszelle bei derselben Behandlung wie andere Verurtheilte ... ich denke mit Schaudern an seine Zukunft. Das ist mein einziger Schmerz. Ninina (Andreina, Genossin Kulischoffs Tochter)

ist jung, stark und muthig, sie hat die ersten furchtbaren Stürme ihres Lebens mit einer bewundernswürdigen Festigkeit überwunden; sie hat sogar in jenen schlimmeren Tagen (während des Prozesses ihrer Mutter) ihre Prüfungen für den Zutritt zu der Universität gut bestanden. Nach ihr weint mein Herz oft, aber es leidet für sie nicht so, wie für meinen armen lieben Freund Turati. Lieber Prampolini, ich wünsche Ihnen, Sie möchten Solches niemals erleben. Warum aber schrieb ich Ihnen das? Um Sie noch mehr zu betrüben? Aber so ist es, man ist schwach, selbst wenn man stark erscheint. Ich persönlich ziehe Kraft zum Ertragen aus vielerlei Elementen. Ich bin ein wenig wie alle Gläubigen. Es scheint mir, daß unsere Opfer allein Dem dienen werden, was groß und gerecht ist. Diese Ueberzeugung giebt mir die Kraft, jede Bitterniß zu überwinden, die schwersten Prüfungen, den Verzicht auf alles, auf die eigene Persönlichkeit selbst zu überstehen. Aber ich werde schwach, ich werde ein Nichts gegenüber den Leiden Derer, die uns lieber sind als das eigene Leben. . . .“

### Frauenstimmrecht.

\* Für die Erlangung des passiven Wahlrechts kämpfen jetzt die Frauen Neu-Seelands, die das aktive Wahlrecht bereits besitzen. Ein darauf bezüglicher, weitgehender Gesetzentwurf liegt dem Parlament vor. Er bestimmt, daß Frauen ebenso wie Männer zu allen öffentlichen Aemtern und Thätigkeiten ernannt, berufen oder gewählt werden können.

### Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen.

Ein Textilarbeiterinnenstreik in der Schweiz beleuchtet recht grell die Arbeitsbedingungen vieler Frauen und Mädchen. In Rheinfelden (Kanton Aargau) haben lesthin die Andreherrinnen und Einzueherinnen der mechanischen Weberei Baumann-Streuli & Cie. die Arbeit eingestellt. Diesen Arbeiterinnen war bereits vor einigen Monaten plötzlich der Lohn gekürzt worden, so daß z. B. die Andreherrinnen nur noch auf einen Stundenlohn von 10 bis 15 Centimes kamen. Aber auch dieser Hungerlohn schien den Fabrikanten noch zu hoch, und darum nahmen sie eine weitere Herabsetzung desselben vor. Als die Arbeiterinnen ins Bureau gingen, um ihren Arbeitslohn in Empfang zu nehmen, wurde vom Hofe der große Kettenhund geholt und die Mädchen mit dem Bemerkten: „Hier haben Sie nichts mehr zu thun!“ hinausgejagt. Dieser Vorgang dürfte ein gerichtlich nachspiel haben. Weiter wurde über die dortigen Arbeitsverhältnisse berichtet: „Die Arbeitszeit betrug 11 Stunden. Man wird gezwungen, Vormittags ohne Pause 6 Stunden lang zu schaffen. Kommt man 5 Minuten zu spät, so wird man gestraft; muß man aber Tage lang warten, so bekommt man nichts. Die Behandlung der Arbeiterinnen ist eine schlechte u. s. w.“ Wenn die schweizerischen Bourgeois an ihren Festen deklamieren: „Einer für Alle und Alle für Einen“, ferner: „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern“, so haben sie dabei unzweifelhaft nur die Angehörigen ihrer eigenen Klasse im Auge. Die Arbeiter und Arbeiterinnen spüren verflucht wenig von dieser Brüderlichkeit der Herren Geldsäcke. dz.

Wie es den Kellnerinnen geht, das offenbarte ein Streik der Kellnerinnen in der Schweiz. An dem jüngst in Neuenburg abgehaltenen eidgenössischen Schützenfeste, welches das größte patriotische Fest der Schweizer ist und zehn Tage lang dauert, ist es wegen miserabler Behandlung der Kellnerinnen zu einem Streik gekommen. Die Mädchen erhielten so wenig zu essen, daß sie Hunger litten, während sie Tausende vom Morgen bis zum Abend in der Festhütte mit Getränken und Speisen aller Art bedienen mußten. Als ihnen aber gar der Festwirth für den letzten Tag, da der Besuch schon ein schwächerer war, 50 Centimes weniger zahlen wollte, als vereinbart war, weigerten sie sich weiter zu serviren, und zwar gerade dann, als sich Alles zu Tische gesetzt hatte, um das Mittagessen einzunehmen. Die Kellnerinnen versammelten sich alle auf einem Platze in der Festhütte und sangen Lieder, während der Wirth, die Komitemitglieder und die hungerigen Gäste in Verzweiflung waren. Da machte der Präsident des Wirthschaftskomitees dem Streik ein Ende, indem er den Mädchen einen Franken mehr Lohn zusicherte, sowie die Bezahlung der Reisekosten. Damit hatten die Kellnerinnen ihr Ziel erreicht, und sie nahmen sofort ihre Arbeit wieder auf. dz.

Arbeiterinnenlöhne in Holland. Im Haag fand jüngst eine Ausstellung für Frauenarbeit statt, gelegentlich welcher einige Angaben über Arbeiterinnenlöhne in die breiteste Oeffentlichkeit drangen. Darnach wird in Amsterdam für eine Schürze, welche anderthalb Stunden Arbeitszeit erfordert, ein Lohn von 3 Pfg., in Nymwegen sogar nur von 2 Pfg. bezahlt. Für ein Hemd zahlt man in Haarlem 20 Pfg., in Gindhoven 12 Pfg. Ein Bettlaken wird mit

2 Pfg. bezahlt. Bei harter Arbeit giebt das einen Verdienst von 1 Mk. pro Tag. Das Nähen eines Kinderkleidchens wird in Nymwegen mit 8 Pfg. bezahlt, die Anfertigung eines Frauenschlafrockes, der für 4,50 Mk. verkauft wird, mit 40 Pfg. Ein sogenanntes „Dienstitotenkleid“ wird gewöhnlich von Lehrmädchen angefertigt, die selbst noch 60 Pfg. „Lehrgeld“ dafür zahlen müssen, eine Nähterin erhält für die Arbeit 50 bis 65 Pfg. „Es giebt im ganzen Lande nur einen einzigen Verein von Nähterinnen, hier in Amsterdam“, bemerkt dazu der Korrespondent der „Trif. Ztg.“, „und dieser Verein zählt so wenig Mitglieder, daß seine Wirksamkeit nicht zu bemerken ist.“ — Es ist sehr bedauerlich, daß überall die Arbeiterinnenorganisationen noch so sehr im Rückstande sind, so daß die Lohnslavinnen wehrlos der schlimmsten Ausbeutung anheimfallen.

Arbeiterinnenlöhne in der Schweiz. Wie in anderen Ländern, so ist es auch in der Schweiz nur die Arbeiterpresse, welche muthig und rücksichtslos für die Armen eintritt und die Ausbeutungs- und Profitwuth der Unternehmer bekämpft. So findet man auch nur in der Arbeiterpresse gelegentlich Mittheilungen über die den Arbeiterinnen gezahlten Hungerlöhne. Vor einiger Zeit wies der „Basler Vorwärts“ nach, daß in der Sackleinwandfabrik von Gebrüder Gängburger in Basel junge Mädchen von 20 bis 22 Jahren für strenge Arbeitsleistung nur einen Tagelohn von 1,50 Francs erhalten. Die Arbeit ist, da sie viel Staub erzeugt, sehr ungesund. Der Züricher „Grütliener“ brachte aus dem frommen Kanton Freiburg die Mittheilung, daß dort Arbeiterinnen für eine Seidenzwirnerei gesucht werden zu dem enormen Tagelohn von 1,10 Francs und später 1,40 bis 1,50 Francs. Kost und Logis kosten 5 Francs pro Woche und werden wohl darnach sein. Die „Berner Tagwacht“ berichtet aus Biel, daß in der dortigen Glätterei und Feinwäscherei von Hutmacher die Arbeiterinnen brutal behandelt und miserabel bezahlt werden. Die Arbeitszeit dauert von 7 Uhr Morgens bis 10 und 11 Uhr Nachts, manchmal wird auch durchgearbeitet bis 3 und 4 Uhr Morgens. Für Mittag und Abendessen werden nur Pausen von 10 bis 15 Minuten gewährt. Versprochen wird den Arbeiterinnen ein Monatslohn von 35 bis 45 Francs (1,50 bis 1,90 Francs täglich), aber wenn es zur Lohnzahlung kommt, werden die Abmachungen abgeleugnet, und die Mädchen erhalten nicht einmal so viel, um wieder nach Hause reisen zu können. — Das sind himmelschreiende Verhältnisse. Leider ermangeln die Arbeiterinnen noch so gut wie vollständig der mächtigsten Kampfeswaffe dagegen, der Organisation. Nur in Zürich, Winthur, Basel, St. Gallen, Bern und Horgen bestehen Arbeiterinnenvereine, und ihre Mitgliedschaft ist nicht sehr zahlreich. dz.

### Frauen Genossenschaften.

\* Vier Arbeiterinnen-Konsumvereine giebt es in Paris. Die „Fronde“, die nur von Frauen geleitete Tageszeitung, tritt in einem ihrer letzten Artikel lebhaft für die Unterstützung dieser Vereine ein und fordert vor Allem ihre Erweiterung.

### Frauenbewegung.

Ueber die Gründung eines medizinischen Instituts für Frauen in Kiew, beziehungsweise über die Zulassung der Frauen als Hörerinnen an den medizinischen Fakultäten der russischen Universitäten, äußerte sich der in Kiew tagende Aerztetkongress sehr sympathisch. Die Haltung des russischen Aerztetkongresses legt einen Vergleich nahe mit der zopfig-beschränkten Weise, in welcher der deutsche Aerztetag zu Wiesbaden kürzlich Stellung zu der Frage des medizinischen Studiums der Frau nahm. Die beschämende große spießbürgerliche Bornirtheit der deutschen Mediziner wäre unerklärlich, wenn nicht die Konkurrenzfurcht und der Konkurrenzneid in unseren kapitalistischen Zeitläuften die tiefste Ursache dieser Bornirtheit hinfänglich erhellten.

\* Eine Frau als Minister des öffentlichen Unterrichts. In Idaho, dem Staate Nordamerikas, der kürzlich erst den Frauen die politische Gleichberechtigung zuerkannt hat, ist eine Frau, Miss Lucy Deane, zum Minister für öffentlichen Unterricht ernannt worden.

### Quittung.

Für den Agitationsfonds 25 Mk. 5 Pf. von den Chemnitzer Genossinnen erhalten zu haben bescheinigt dankend

Frau M. Wengels, Vertrauensperson.  
Berlin O, Fruchtstraße 30, Quergeb. 2 Tr.